

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921

273 (3.10.1921) Erstes Blatt

Wagnispreis:
In Karlsruhe frei ins Haus
beliebiger monatlich 6.— Mk.
in den Ausgabestellen ab-
schickt monatlich 5.50 Mk.
zu den übrigen durch unsere
Agenturen bezogen 6.— Mk.
monatlich durch den Brief-
träger freins Haus gebracht
monatlich 6.— Mk. Viertel-
jährlich 18.— Mk.

Verlag, Schriftleitung und
Geschäftsstelle Mittelstr. 1.
Sprechstunde der Redaktion
11—12 Uhr vormittags.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen:
Die ersten Nonpareilzeile
oder deren Raum a) lokal
1. Anzeigensatz 1.00 Mk.
Restanzeigen 5.— Mk.
an erster Stelle 5.50 Mk.
Nacht nach Tarif
Anzeigensatz bis 12 Uhr
mittags; kleinere Anzeigen
täglich bis 4 Uhr nachm.
Kernforschungsstelle:
Geschäftsstelle Nr. 203,
Verlag Nr. 21 u. 207,
Schriftleitung Nr. 204,
Schriftführer Nr. 19.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Beilagen: „Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Mode und Heim“ / „Die Scholle“

Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Ehrhard; für das Feuilleton: Hermann Weid; für die „Pyramide“ Karl Fobio
für Anzeigen: Heinrich Ehrhard. Druck u. Verlag: G. H. Müller & Co. in Karlsruhe. Familien-Redaktion Dr. Richard Fügler. Berlin-Vankow, Rosartstr. 37. Telefon Zentrum 423
für unbenutzte Manuskripte oder Druckfäden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Anlieferung erfolgt, wenn Porto beifügt ist.

118. Jahrg. Nr. 273.

Montag, den 3. Oktober 1921

Erstes Blatt.

Ein Blick in das deutsche Parteilieben.

In keiner Periode der Geschichte unserer innenpolitischen Entwicklung ist ein Querschnitt durch das Parteilieben interessanter als zu einer Zeit, in der unter dem Eindruck äußerer Ereignisse jede einzelne Partei von einem Tage zum andern zu neuer, anderer und schicksalsschwerer Stellungnahme gezwungen wird. Dieser unaufrichtliche Zwang zu schneller, kurzfristiger Einstellung, die aber, wenn die Existenz der Partei nicht gefährdet werden soll, die weite Sicht nicht vernachlässigen darf, läßt die Gegensätze, die in jeder Partei vorhanden sind, nie zur Ruhe kommen und bewirkt, daß das politische Leben innerhalb jeder Partei in einem Zustande des fortwährenden Wandels, des Lebendigen und Schäumenden sich befindet. Je disziplinierter eine Partei ist, umso weniger merkt die Außenwelt von den inneren Kämpfen, von allen diesen Bestrebungen, die gewiß alle vom Willen zum Guten getragen sind, die aber in ihrer Divergenz durch so gewaltige Kräfte voneinander geschieden sind, daß es der Mäßigkeit des Chronisten bedarf, um sie im Spiegel der Objektivität einzufangen.

Die Partei der stärksten inneren Disziplin ist, der Weisheit ihrer Angehörigen entsprechend, die Deutsche nationale Volkspartei. Dem Vain präsentiert sich diese Partei, besonders ihre Fraktionen, als eine geschlossene Formation, in der der Wille der einzelnen Person und der einzelnen Gruppe sich mühselos dem Entschluß der Führung unterordnet. Dem Kenner jedoch konnte es, besonders z. B. während der Entwicklung der Münchener-Berliner Arie, nicht entgehen, daß auch in dieser Partei trotz des eisenen Bandes, das die Aufrichtigkeit trägt, „Zurück zum Kaiserthum“, Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind, die sich nur widerwillig innerhalb des Parteigatters zurückhalten lassen. Die Beurteilung der Haltung Wagners und der Regierung nach war innerhalb der Deutschen nationalen umso verschiedenartiger, je mehr bekannt wurde, daß die Regierung nachteilweise unter dem Einfluß von Leuten stand, die auch innerhalb dieser Partei nur ungern gesehene Gäste sind. Die Männer der bayerischen Ehrhardtgruppe sind dieselben, die damals während der Kappmorgen durch ihre Handlungsweise die wirklichen geistigen Führer der Deutschen nationalen Partei an der Hoffnung verzweifeln ließ, daß die Partei diesen Schlag würde überwinden können. Die extrem rechtsradikale Richtung macht sich auch in Sippen bemerkbar, wo die Mitglieder des von Kapp begründeten „Deinathumbundes“ den rechten Flügel der Partei bilden. Immerhin kann man sagen, daß die grundsätzliche Opposition gegen alles, was irgendwelche Konzeptionen an die Nachkriegsentwicklung macht, auch die durch Temperamentsunterschiede getrennten Flügel dieser Partei immer wieder eint.

Nicht loderer erscheint uns heute das Gefüge der Deutschen Volkspartei. Was in dieser großen, weite Schichten umfassenden Partei vorgeht, das spielt sich in diesen Tagen hinter den verschlossenen Türen des Fraktionszimmers im Reichstage ab. In das Leben dieser Partei hat die Frage des Tages, „Mit oder gegen die Sozialdemokratie“ mit aufwühlender Hand hineingegriffen. Starke Kräfte sind vorhanden, die sich mit der grundsätzlichen Beziehung dieser Frage abgefunden haben, aber in der Person des jetzigen Kanzlers eine Unmöglichkeit sehen, während die andern sich zu der Ueberzeugung durchgerungen haben, daß ein Kanzlerwechsel augenblicklich der Reuebeziehung dieses Amtes durch einen mehr rechts orientierten Politiker die Haltung der maßgebenden Ententeämter und gegenüber in diesem Augenblick sehr zu unserem Schaden verändern würde. Es gibt, wie gesagt, in der Deutschen Volkspartei viele führende Politiker, die den jetzigen Kurs der Partei nur mit der Vermuthung, nicht mit dem Herzen mitmachen, während der liberalere Teil (es seien die Namen Kardorff und Heim genannt), der seinerzeit auch für Annahme des Ultimatums stimmte, die Beteiligung des gebildeten und des besitzenden Bürgertums und der vermögenden Arbeiterschaft an einer gemeinsamen Politik der Mitte zum Prinzip machen wollen. Das gemeinsame Interesse, das alle Teile der Partei verbindet, die Stärkung und Erhaltung des deutschen Bürgertums, wird jedoch die kommenden, ereignisvollen Monate im inneren Leben dieser Partei beherrschten und die natürlichen Meinungsverschiedenheiten zurücktreten lassen.

Während bei der Deutsch-Demokratischen Partei die Unterschiede, die etwa zwischen Dietrich und Goebel auf der einen Seite, und denen auf der andern Seite bestehen, die z. B. in der Freggenfrage gegen die Handelsflagge Schwarz-weiß-rot stimmten (Mischke, Erlenz), wenig in die Erscheinung treten, weil die Partei keine Randpartei ist, sondern in allen großen Entscheidungen in der Mitte zwischen andern Parteien und gewissermaßen extremlos ist, wird vom Zentrum heute mehr denn je

mit Recht gesagt, daß die Fraktion dieser Partei ein Parlament im Parlament sei. Im Zentrum gibt es Männer mit konservativer, mit nationalliberaler, mit demokratischer und mit sozialistischer Weltanschauung. Vielleicht sind nach Erzhersers Tode diese Schichtungen weniger bemerkbar geworden, aber es ist bekannt, daß vor einem Jahr im Zentrum selbst der Kampf um Erzhersers Tode ein Bild der Partei widerspiegelt, das durchaus alle Gegensätzlichkeiten des außerhalb des Zentrums tobenden Erzhersers enthielt. Auch die bevor-

Die Antwort der Unabhängigen.

3. Von unserer Berliner Redaktion wird uns ge-

drachtet:
Der überraschende sozialdemokratische Antrag an die Unabhängigen wegen der Erweiterung der Koalition nach links hat bereits eine Antwort gefunden. Die Unabhängigen, die noch am Samstag zu Beratungen über die für sie so völlig neue Situation im Reichstage zusammengetreten waren, haben die Antwort noch am gleichen Abend an die S. P. D. abgegeben. Sie ist in mehrfacher Beziehung interessant. Der Hauptgedanke ist der, daß die Unabhängigen bei der Formulierung der Antwort ohne Zweifel bemüht waren, den Mehrheitssozialisten soweit als möglich entgegenzukommen, um bei Ablehnung ihrer Bedingungen ein Agitationsmittel gegen sie in der Hand zu haben. Die einzelnen Punkte (Erfassung der Goldwerte, Republikanisierung der Beamtenschaft und des Meeres, Laiengerichte) lehnen sich fast wörtlich an die entsprechenden Punkte des mehrheitssozialistischen Sozialen Programms an. Dann aber kommt die Forderung nach Sozialisierung des Bergbaues. Hier werden sich die Geister scheiden. Erstens wird die Scheidemann-Fraktion wissen, daß weder Zentrum noch Demokraten noch Deutsche Volkspartei in eine Koalition eintreten, die diesen Punkt auf ihrem Programm hat. Zweitens sind die aufgefälligen Sozialdemokraten wie August Müller, Winnig und Noske längst von der Unerfüllbarkeit dieser Doktrin überzeugt. Endlich die Frage der Unabhängigen, ob denn auch die anderen Koalitionsparteien mit dem Eintritt der Unabhängigen in die Reichsregierung einverstanden seien. Wie wir hören, hat die sozialdemokratische Fraktion wegen Beantwortung dieser Fragen bereits Fühlung mit den in Betracht kommenden bürgerlichen Parteien genommen. Die Antwort kann, wie schon gestern hier dargelegt, nicht zweifelhaft sein. Die Sozialdemokratie wird dann noch einmal den Entschluß zur Politik der Mitte zu fassen haben. Inzwischen ist auch die Reichsregierung, die ein Interesse an baldiger Klärung der abermalig verdunkelten Situation hat, nicht untätig gewesen. In gestern mittag 12 Uhr hatte der Reichskanzler die Führer sämtlicher Reichstagsfraktionen zu einer Besprechung der politischen Lage eingeladen. Es verlautet, daß die Besprechung u. a. auch den Zweck hatte, ungewollte Schärpen mancher Äußerungen, die im Reichstage in diesen Tagen von prominenter Seite gefallen waren, zu mildern und entstandene Zweifel zu beheben.

Die Bedingungen der U.S.P.D.

1. Berlin, 2. Okt. Auf die Anfrage des Vorsitzenden des S.P.D. an die U.S.P.D. hat diese nach der „Freiheit“ folgende Bedingungen beim Eintritt in die Regierungskoalition gestellt:
1. Verhütung des Gleichgewichts im Staatshaushalt und Sicherung der ausreichenden Zahlungsmittel durch ausreichende Heranziehung des Weisses, insbesondere auf dem Wege der Erfassung der Goldwerte.
2. Wirksame Maßnahmen zum Schutze der Republik und zur Bekämpfung der monarchistischen Reaktion. Grundlegende Militärreform durch Uebertragung der Rechtsprechung in Strafsachen an Geschworenengerichte. Wahl der Geschworenen durch das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht nach den Grundätzen der Verhältniswahl. Gezielte Maßnahmen, die die Entfernung der Beamten im öffentlichen Dienst und Angehörigen der Wehrmacht aus dem Staatsdienst ermöglichen, die monarchistische Auffassungen vertreten oder in oder bei Ausführung ihres Amtes befanden.
3. Fortführung der Sozialpolitik.
4. Sozialisierung des Bergbaues.
5. Eine auswärtige Politik der Verständigung und des Wiederaufbaues. Aufrichtiges Streben, die Verhältnisse des Ultimatums zu erfüllen.

Die Partei verlangt, daß alle Koalitionsparteien bereit sind, mit der U.S.P.D. eine Regierung zu bilden, welche die Durchführung oben-

stehender Entscheidungen über die Steuerfragen z. B. sind geeignet, eine Mitte, eine Rechte und eine Linke in der Partei herauszutreiben zu lassen, denn es ist nur natürlich, daß ein Zentrumsmittler, dessen Meinung derjenigen des katholischen Thronkonzerns entspricht, erheblich anders über Besteuerung und Kapitalsteuer denkt, als etwa der ausgesprochen linksstehende Arbeiterführer Loos, der kürzlich erst in einer Polemik gegen Stresemann so überraschend scharfe Töne gewöhnt hat. Trotzdem ist es bewundernswert, wie das Band des gemeinsamen

Reichsernährungsminister Dr. Hermes.

Berlin, 2. Okt. Man rechnet damit, daß Reichsernährungsminister Hermes dem neuen Reichskabinett nicht mehr angehört. Zur allgemeinen Ueberraschung hört man, daß gewisse Kreise den Zentrumsmittler auf den Vorkostenposten in America bringen wollen.
Gegen die Befehung des Washingtoner Postens auf diese Weise machen sich jedoch, wie wir aus Berlin hören, bereits starke Bedenken in Berliner politischen Kreisen geltend. Washington ist in Zukunft die wichtigste Vertretung Deutschlands im Auslande, und man erhebt Zweifel, ob es im Interesse des Reiches ist, einen Parlamentarier dahin zu schicken, wo der hervorragendste und erfahrendste Berufsdiplomata am Plage wäre.

Die deutschen Zahlungen.

Paris, 2. Okt. Zu der Mitteilung des Garantiekomitees, daß der am 15. November fällige Betrag der deutschen Ausfuhrabgabe bereits durch deutsche Gegenleistungen ausbezahlt sei und Deutschland am genannten Tage keine Zahlungen zu leisten habe, schreibt der „Temps“, die am 15. November fällige Summe der deutschen Ausfuhrabgabe für das Vierteljahr vom 1. Mai bis zum 31. Juli werde vorläufig auf 10 Millionen Goldmark geschätzt. In dem gleichen Zeitraum hätten die deutschen Sachleistungen, namentlich diejenigen an Frankreich (Kohlen, Kohlenlevante, Karbische, pharmazeutische Produkte, Wiederaufbaumaterial usw.), einen Wert von 115 Millionen Goldmark gehabt. Die Lieferungen vom 1. August bis 15. November würden mindestens ebenso hoch sein. Infolgedessen sei der am 15. November von Seiten Deutschlands fällige Betrag abgedeckt.

Frankreich, Dänemark, Italien.

1. Turin, 2. Okt. Die „Gazette du Popolo“ erhält von einem Pariser Korrespondenten eine Information, die folgendermaßen lautet: „In den best informierten politischen und finanziellen Kreisen Frankreichs scheint es, daß man Neigung zeigt, Italien als drittes Glied in die direkten wirtschaftlichen Abkommen einzubeziehen, die bereits zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossen sind oder abgeschlossen werden. Man vertritt außerdem, daß Loucheur bereits einen fertigen Vorschlag über eine wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit ausgearbeitet habe, der vor allem die italienische Eisenindustrie interessiert. Loucheur habe bereits bei den ersten Wiesbadener Verhandlungen daran gedacht, Italien in das Abkommen zwischen Frankreich und Deutschland einzubeziehen. Der Korrespondent fügt hinzu: Aus der von mir vorgenommenen Untersuchung geht hervor, daß direkte Angebote an Italien bereits vorgelegt haben. Wenn ein Uebereinkommen dieser Art überhaupt abgeschlossen wird, so wird eine Zusammenarbeit der französischen, deutschen und italienischen wirtschaftlichen und industriellen Kreise in jeder Hinsicht erreicht sein.“

Deutsche Kriegsschadungslieferung an Rumänien.

Bukarest, 2. Okt. Deutschland hat eingewilligt, Rumänien einen Teil des zum industriellen Wiederaufbau nötigen Materials auf Reparationskonto zu liefern. Eine rumänische Kommission wird die Mengen des zu liefernden Materials auf Grund des deutschen Marktpreises feststellen.

Der frühere König von Württemberg gestorben.

Stuttgart, 2. Okt. Der Herzog Wilhelm von Württemberg, der frühere König, ist heute vormittag kurz nach 11 Uhr im Alter von 78 Jahren sanft entschlafen.

862 000 Mark unterschlagen.

Duppeln, 2. Okt. Der Apotheke Pflaume von der Doppelner Apotheke begab sich mit einem Scheck der Apotheke, der auf 862 000 Mk. lautete, zur hiesigen Reichsbank, hob das Geld ab und ergiff die Flucht.

Glaubes immer wieder die Gegensätzlichkeiten umschließt, so daß selbst bei Reichstagsabstimmungen in denen der Fraktionszwang aufgehoben ist, selten die inneren Kämpfe, die der Entscheidung vorausgingen, in die Erscheinung treten. Interessant sind in der letzten Zeit die Bemühungen des preussischen Ministerpräsidenten Stegerwaldt, auf der Grundlage des Zentrums eine neue, noch umfassendere bürgerliche Partei, eine große christliche, bürgerlich-soziale Arbeitsgemeinschaft zu bilden, die Fundament und Pfeiler der Politik der Mitte sein soll. Die von Stegerwaldt gegründete Berliner Zeitung „Der Deutsche“ propagiert diese Idee. Die Ungezogenheit und, sagen wir: Ursprünglichkeit, mit der die führenden Mitglieder der Sozialdemokraten genötigt sind, ihre Meinung zu sagen, bringt es mit sich, daß in der Diskussion um das Parteiprogramm und auf dem öffentlichen Parteitag die Gegensätze auch vor der Öffentlichkeit heftig aufeinanderprallen. Bei diesen Gelegenheiten sind auch hier die Verhältnisse in der S.P.D. hinreichend beleuchtet, so daß es für heute genügt, festzustellen, daß die Opposition in der Partei, die nicht mit der Politik der Politik der Mitte einverstanden ist, sich nun, bei Einsetzen der Verhandlungen mit der verabschiedeten Deutschen Volkspartei, heimlich denn je fähig. Gabe es noch eine starke, in sich konsolidierte unabhängige Sozialdemokratie, so wäre der Abfall der Thüringer und Frankfurter von der S.P.D. sicher, aber auch diese Partei ist der Annahmewerbung verfallen, die der äußersten Linken des deutschen Parteiwesens die politische Gefährlichkeit nimmt. Der ideologische Phantasieliebe und der getriebenen, aber unzureichenden Vermögen den Zerfall der U.S.P.D. nicht anzuhalten. Was die Kommunisten anbetrifft, so brachte neulich ein sozialistisches Blatt eine Aufforderung der K.P.D.-Abgeordneten, aus der hervorging, daß die kommunistische Partei heute aus 7 Gruppen besteht, die einander alle tödlich sind. Die kürzlich erfolgte Gründung der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft unter der Führung von Levi, Däumig und U. Hoffmann läßt den 26-jährigen Scholem (zur Zeit in Untersuchungshaft mit seinem Duzend Abgeordneter in hoffnungsloser Einsamkeit).

Die bevorstehenden, schwereren parlamentarischen Kämpfe werden vielleicht geeignet sein, diesem flüchtigen Bilde noch manche charakteristische Züge aufzulegen.
Dr. H. J.

Steuervollzieher.

Von Dr. Aulenkampff, M. d. R.

In dem demnächst dem Reichstag zugehenden Entwurf eines Vermögenssteuergesetzes heißt es, daß — nach Anhörung des Reichsrates — der Finanzminister in Zukunft die Vermögensvorschriften erlassen soll, und zwar so, daß sie dem Wertstande der Markt Rechnung tragen und auf Gewinn und Umsatz Rücksicht nehmen, eine Einschränkung, die gar nichts besagt. Zwar sollen vorher die berufenen Vertreter der Wirtschaft gehört werden, aber der Minister kann ihren Rat in den Wind schlagen, ohne gegen das Gesetz zu verstoßen.

Erlangt diese Vorlage Gesetzeskraft, so stehen wir vor der Aufgabe der Entziehung des Steuerpflichtigen.
An sich gilt als Recht, was durch Beschluß der gesetzgebenden Faktoren dazu gestempelt ist. Niemand aber wird ein Gesetz über eine bestimmte Materie als Recht anerkennen, wenn in ihm das Moment, auf das allein es ankommt und im Vergleiche zu dem alles andere reine Ausführungstechnik betrifft, nicht festgelegt ist, — wenn das Gesetz die Hauptfaktoren dem Ermessen eines Ministers anheimstellt. Das ist vielmehr Stabilisierung der Willkür auf einem Unterbau von Paragraphen.

Wir kommt der erwähnte Satz aus dem Gesetzentwurf vor, als gäbe es im Strafgesetze die Formel, daß Mord mit Todesstrafe bedroht wird, die Frage „Was ist Mord?“ aber von Zeit zu Zeit durch den Justizminister zu interpretieren! — wäre.

Wenn ich eine Vermögenssteuer auflegen will, so muß ich in dem Gesetze klipp und klar sagen, was ich unter dem Begriffe „Vermögen“ zu verstehen beabsichtige. Mein mechanisch ist das denn auch in dem Entwurf ganz lanquid ausgeführt. Nun sind aber die Zahlen, in denen das Vermögen auf dem Papiere rechtlich ausgedrückt wird, schwankend geworden. Aktienfonds läßt sich zwar zahlenmäßig nach den Börsenkursen feststellen, Sachbesitz aber nicht, und irgendwelche Auslandswerte erst gar nicht. Solche Besitzarten müssen nach irgend einem System bewertet werden.

Ein Finanzminister, wie z. B. Herr Helfferich, würde nun zweifellos eine ganz andere Art der Bewertung für richtig halten, als Herr Wirth, Herr Breitscheid oder Herr Adolf Hoffmann es täte. Würde diese Vorlage Gesetz, so würde damit die persönliche, auf Sachkenntnis oder durch keine Sachkenntnis gestützte, durch Temperament

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 6 Seiten.

und reagieren auf Zeitergebnisse und Zeitströmungen so oder so gefärbte jeweilige Ansicht des jeweiligen Finanzministers auch mit Gesetzeskraft ausgestattet werden. Ein unmöglicher Zustand!

Auch der Steuerpflichtige hat Rechte, und sein Hauptrecht ist, daß er durch seinen Stimmzettel auf die Gesetzgebung einwirken kann. Diese Möglichkeit der Einwirkung aber wird gewaltig eingeschränkt, wenn ein einschneidend wirkendes Gesetz zustande kommt, in welchem der Hauptfaktor offen bleibt. Ein Reichstag, der einem solchen Gesetze der Willkür zustimmte, würde nicht dasjenige Maß an Pflichtgefühl beweisen, das der Bürger von ihm erwartet und verlangen kann.

Ich gehe zu, daß die Frage der Bewertung von Vermögen schwer zu lösen ist, es gibt aber Wege: Die Amendement einer Indexziffer oder die Zugrundelegung des Ertragswertes bei allen den Werten, für die ein landläufiger Kurs nicht zu ermitteln ist. Persönliche Anschauungen von Ministern sind auf alle Fälle keine geeignete Grundlage für die Wertfestlegung.

Bei den dauernd einem Betriebe gemiedenen Gegenständen dürfte eine schwankende Bewertung überhaupt nicht das Richtige sein. Hier kann nur der Anschaffungswert vermindert um die üblichen Abschreibungen gelten.

Hierüber wird der Reichstag entscheiden müssen. Seine Aufgabe wird (falls nicht der Reichsrat oder der vorläufige Reichswirtschaftsrat vorher eingreift) es sein, klare Formeln in das Gesetz hineinzuarbeiten, auf keinen Fall aber sich auf Ministeranfragen als Bewertungsfaktor einzulassen und so ein Gesetz anzuhängen, das keinen Rechtszustand schafft.

Der Ueberwachungsaußschuß.

Die Zollgrenze ist Freitag nacht um 12 Uhr aufgehoben worden, nachdem, wie jetzt bekannt wird, die deutsche Regierung am 2. September die Bedingungen angenommen hat, unter der sich die Gegner zur Befreiung der Zollperre bereit erklärt hatten. Die Bedingung besteht in der Einlegung eines Anschusses in Koblenz, der darüber wachen soll, daß bei Bewilligung von Einfuhrrechten nach Deutschland die französischen Waren nicht anders behandelt wird als die Ware anderer Länder.

Von amtlicher deutscher Seite fehlt bis jetzt eine Angabe über den Inhalt der Bedingungen, die am 2. September unterzeichnet wurden. Von amtlicher französischer Seite wird folgende Darstellung gegeben:

Der Verfallener Vertrag verbietet es Deutschland, in seinen Handelsbeziehungen irgendwelchen Unterschied zum Nachteil eines der alliierten Staaten walten zu lassen. Deutschland hat jedoch eine Bitte der für die Ein- und die Ausfuhr verbotenen Waren aufgestellt, dergestalt, daß die Interessen Frankreichs verletzt werden. Die französischen Kaufleute haben nicht aufgegeben, darzulegen, daß ihre Waren in großer Zahl von den deutschen Märkten durch derartige Verbote ausgeschlossen sind, die Einfuhr aus anderen Ländern aber gestattet ist. Die Vorkonferenz hat bei der deutschen Regierung zwei Schritte unternommen, die ohne Ergebnis blieben. Die Angelegenheit wurde vor den Obersten Rat gebracht, der entschied, daß diesen Vertragsverletzungen ein Ende gemacht werden solle. Er knüpfte die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen an gewisse Bedingungen. In ihrer Note vom 26. August erklärte die deutsche Regierung, daß sie mit der Schaffung eines interalliierten Organismus zur Ueberwachung der Ein- und Ausfuhrerlaubnisse einverstanden sei, machte ihre Zustimmung jedoch von gewissen

Vorbehalten abhängig, die der französischen Anschauung nach einer Ablehnung gleichkamen. In den Besprechungen betonte Deutschland, daß die von dem interalliierten Organismus ausgeübte Kontrolle der Souveränität Deutschlands Abbruch täte, daß Festlegungen nach Ausgabe der Lizenzen als genügend erachtet werden müßten. Die französische Regierung mandte sich gegen eine derartige Auslegung; sie forderte, daß der interalliierte Organismus mit den zuständigen deutschen Stellen bei der Prüfung von Ein- und Ausfuhrerlaubnissen mitwirken solle, derart, daß diese Zusammenarbeit vor Ausfuhr der Lizenzen erfolge. Die deutsche Regierung suchte bei den Alliierten Frankreichs, insonderheit bei England, Unterstützung. Nachdem jedoch ein Gedankenaustrausch stattgefunden hatte, erklärten die Engländer die französische Auffassung für berechtigt. Sobald die deutsche Regierung dieses Einvernehmen feststellte, gab sie nach und nahm am 22. September die Bedingungen ausdrücklich an, ebenso wie sie sich mit der Auslegung einverstanden erklärte, die die Alliierten dieser Entscheidung gegeben haben. Gleichzeitig stimmte Deutschland einer Zusammenkunft allierter Sachverständiger mit deutschen Vertretern zu.

Das gut unterrichtete Pariser Blatt will wissen, daß der neue Koblenzer Ueberwachungsaußschuß bald durch das Abkommen zwischen Minister Rathenau und Minister Loucheur überflüssig werden würde. Das Abkommen Rathenau-Loucheur sehe die Aufstellung von Listen vor, die auf das genaueste und ohne Mißverständnis die Waren bestimme, die nach Deutschland frei eingeführt werden können und die Waren, die nach gegenseitigem Abkommen für die Ausfuhrkontingente bestimmt wurden.

Französische Propaganda.

Um das besetzte Rheinland zu verwickeln, versuchen es die Franzosen mit allen Mitteln. Zuerst haben sich die Militärs auf diesem Gebiet versucht. Der erste Oberkommandierende im Rheinland General Mangin ließ sich zu diesem Zweck mit Dornen ein und klammernd sich dabei so gründlich, daß er Mainz alsbald verließ. Nach den Militärs kamen die Kulturpolitiker, jene, die meinten, sie könnten die Liebe zu Frankreich durch französische Vorträge, Theateraufführungen, Zeltungen, Flugblätter und ähnliches erwecken. In diesen Kulturpolitikern gehörte vor allem ein gewisser Maurice Barres; er hat entdeckt, daß die Rheinbevölkerung dem französischen Wesen näher steht als dem deutschen oder nach seiner Schreibweise dem preussischen. Auf dieser Entdeckung baute Herr Barres seinen Eroberungsplan im Rheinland auf, aber seine Erfolge sind gering. Frankreich griff zu neuen Methoden; man versuchte, die geschäftlichen Interessen der Rheinländer vom unbesetzten Deutschland nach dem Westen hin zu lenken. Die Zollschranke wurde errichtet. Auch das war ein Fehlschlag. Das Rheinland litt schwere Not, die letzten Sympathien für Frankreich schwanden. Die Zollgrenze mußte fallen. Welche Hoffnungen die Freunde der Verweltlichung des Rheinlandes auf die Zollabsperrung gesetzt hatten, verrät nun der oben genannte Herr Barres in einem Artikel im Pariser Blatt „Echo de Paris“. Er beklagt sehr die Aufhebung der Zollperre, weil er in dieser Maßnahme eine sehr wesentliche Unterstüßung der, wie er sagt, „nationalen Aktion“ im Rheinland gesehen hat. Er nennt die Aufhebung einen schweren Fehler. Herr Barres muß also kleinlaut zugeben, daß seine geistige Aktion im Rheinland auf dem deutsch gefaßten keinen Eindruck hinter dem Den hervorbrachte; er meint naiv, der Rheinländer sei bei den Selbstinteressen besser zu paden. Wenn es leider nicht ge-

leugnet werden kann, daß es Lumpen gibt, die auf diesem Weg sich zur Verleugnung ihres Vaterlandes verleiten lassen, so darf man doch sagen, daß die rheinische Bevölkerung in ihrer Gesamtheit gegenüber diesen Verführungsversuchen fest bleibt. Das hat ihre Haltung während der Zollperre bewiesen. Aber immerhin, es gilt wachsam zu bleiben gegenüber den französischen Machenschaften, und die Gefahren für das besetzte Gebiet nicht leicht zu nehmen.

Bürgermeistertagung.

v. M. Gernsbach, 2. Okt. Die Hauptversammlung des Vereins badischer Bürgermeister und des badischen Gemeindeverbandes wurden am 1. und 2. Oktober hier abgehalten. Unter Leitung des Bürgermeisters Wengels hatte sich ein Ausschuß gebildet, der es sich angelegen sein ließ, die Vorbereitungen zu treffen, damit den Gästen ein würdiger Empfang und ein angenehmer Aufenthalt in Gernsbach geboten würde.

Die Stadt prangte im Festschmuck, als die Vertreter der Gemeinden mit dem 2 Uhr-Zug am Samstag nachmittag hier eintrafen. Die Stadtkapelle hatte sich in der Bahnhofsanlage aufgestellt und spielte einige flotte Weisen, indes den Gästen die Quartiersheime ausgeschändigt wurden. — Beim Arriegerdenmal war von den Benzwerken eine Autojohre aufgestellt worden, die vermußlich zu Reklamezwecken aus sechs Schläuchen Wasser gab und so die Leistungsfähigkeit der Spritze bezeugte. Nachdem die Gäste ihre Quartiere aufgesucht und sich im Städtchen umgesehen hatten, konnte gegen 14 Uhr im „Römer“ die Hauptversammlung des Vereins badischer Bürgermeister durch den Vorsitzenden eröffnet werden. Er dankte den Vertretern der Regierung, den Kollegen anderer Verbände und besonders dem Vertreter der Stadt Gernsbach. Er zweifelte nicht, daß sie in der Perle des Nurgals nicht nur arbeitsreiche, sondern auch frohe Stunden erleben werden. Den Willkommengruß der Stadt Gernsbach entbot Bürgermeister Wengels, Man habe jedenfalls das Möglichste getan, um den Gästen einen angenehmen Aufenthalt zu bieten, damit alle weiterhin immer wieder gerne das Städtchen besuchen. Weibstinalrat Dr. Vender, als Vertreter des Ministeriums des Innern, dankte für die Einladung, der gerne Folge geleistet worden sei, damit eine bessere Fühlungnahme zwischen den Männern am grünen Tisch und den Männern der Tat zustande komme. Gerade die neue Gemeindeordnung gebe neue Anlässe inniger Zusammenarbeit und gerade die Bürgermeister seien es, die diesen neuen Gesetzen den richtigen Geist einzuverleiben können. Er bat um Unterstützung der Volksregierung und um die Mitarbeit, damit die Regierung in allen Kreisen das Verständnis zu finden vermag. Landeskommissar v. Wihleben überbrachte die Grüße der Oberamtmänner des Landes, die mit großem Interesse die Verhandlungen verfolgen werden. Mit dem Wiederaufbau des Landes müsse in den Gemeinden angefangen werden und alle werden sie in dieser Arbeit unterstützen. Namens der Bürgermeister des mittleren Städteverbandes überbrachte Bürgermeister Schneider-Baggenau Dank für die Einladung mit dem Wunsch, die besten Einvernehmen zwischen den einzelnen Verbänden. Herr Julier als Vorsitzender des Badischen Gemeindeverbandes gab einen kurzen Rückblick auf die Geschichte des Verbandes und seine Beziehungen zu dem Verein badischer Bürgermeister, die gemeinsame Arbeit zu leisten haben. Der Verband bayerischer Bürgermeister hatte ebenfalls einen Vertreter geschickt, der freundschaftliche Grüße überbrachte und die Schwierigkeiten betonte, die gerade in den letzten Jahren den Bürgermeistern entstanden sind,

die noch erschwert werden durch das Verhalten der Parlamente und der Ministerien. Er wünschte den Verhandlungen guten Verlauf und beste Erfolge.

Verbandsdirektor Weiler, Vertreter des Badischen Gemeindeverbandes, gab der Freude Ausdruck, daß sich der Verein Bad. Bürgermeister in der kurzen Zeit des Bestehens so aut entwickelt hat. Er forderte eine bessere Berücksichtigung der Vertreter der Gemeinden, die in der Hauptfrage dem Volksanliegen dienen. Der Vorsitzende des Vereins Badischer Bürgermeister Koch bedachte noch der verstorbenen Mitglieder, zu deren Gedenken die Anwesenden sich erhoben.

Der Geschäftsbericht wurde von dem Geschäftsführer erkrankt, der zu Anfang betonen konnte, daß der Verein schon wesentliche Ertragsleistungen aufzuweisen vermag. Noch manches müsse in Bezug auf die Verformung der Bürgermeister getan werden. Ganz schlecht seien die sog. Altbürgermeister daran, die in vielen Fällen kaum eine merkliche Revision ihrer Pensionsgehälter durchzuführen konnten und im Alter, nach Jahren treuer Pflichterfüllung für die Gemeinden größter Not ausgesetzt sind. Die Regierung werde hoffentlich hier Hilfe schaffen und auch dafür sorgen, daß die handesamtlichen Geschäfte, deren Besetzung von anderen Seiten angesetzt war, beibehalten bleiben. — Sehr erfreulich sei es, daß von 1500 Bürgermeistern, die für den Verein in France kommen, 1300 bereits dem Verein angehören, denn wie die Beamten und Arbeiter müßten sich auch die Bürgermeister eine kraftvolle Organisation schaffen und er hoffe, daß in der nächsten Versammlung alle 1500 Bürgermeister sich angeschlossen haben.

Der Geschäftsstelle wurde der Dank der Mitglieder ausgesprochen.

Ueber die Befolungsordnung sprach der Vereinsvorsitzende Koch in ausführlicher Weise. Die neue Ordnung käme den Wünschen größtenteils entgegen. Unbedingt beseitigt werden müßte noch der Passus in dem Gesetz, wonach die Gehaltsregelung von der Leistungsfähigkeit der Gemeinden mit abhängt gemacht werde. Dies sei ungerechtfertigt umso mehr, als auch bei den Staatsbeamten auf die Leistungsfähigkeit des Staates keine Rücksicht genommen werde. Nicht auf Beschluß der Schlichtungsausschüsse, sondern in richtigem Verständnis soll die Befolung geregelt werden. Die Zeit, in der der Bürgermeister sein Amt als Ehrenamt ausfülle, sei vorbei. Bürgermeister zu sein, sei heute keine Würde mehr, sondern eine Bürde.

In der Ansprache wurde bedauert, daß von manchen Untersuchungen gerügt wird, daß die Bürgermeister a. Z. in solche Gebietsklassen auftrüben, die den Stellenan höherer Staatsbeamten gleich kommen. Unrecht sei es, wenn in der Zeit allgemainer Teuerung noch 5 Drisiklassen bestehen, denn 3 Klassen würden vollauf genügen.

Verbandsvorsitzender Weiler gab einige Beispiele, wie in manchen Gemeinden an der Bezahlung der Gemeindebeamten gespart wird und wie absurd es ist, nach der Leistungsfähigkeit der Gemeinden zu rechnen. Purer Egoismus sei es, wenn noch an der Einteilung in 5 Drisiklassen festgehalten wird. In den meisten Gemeinden sei der vom Verband herausgegebene Tarif noch nicht durchgeführt, der besonders in den mittleren und kleineren Gemeinden auf Widerstand stoße. In entscheidender Form müßten die Beamten auf Durchführum dringen. — Herr Julier stimmte den Ausführungen des Vorredners zu, betonte aber, daß es auch notwendig sei, daß die Beamten ohne Ausnahme ihre Aufgaben zu erfüllen, wie es im allgemeinen Interesse liegt. Er legte Wert darauf betont zu sehen, daß der Verband nicht allein Vertreter berechtigter Forderungen sei, sondern auch erzieherisch auf die Beamten zu wirken be-

Theater und Musik.

Badisches Landestheater.

Als fünfter Abend des Musikfestes in der Karlsruher Herbstwoche gelangte gestern „Die verkaufte Braut“ (La finta semplice), komische Oper in drei Akten von Mozart, unter Zugrundelegung der von Anton Rudolph geschaffenen textlichen Erneuerung, zur Uraufführung. Das ausverkaufte Haus folgte dem fröhlichen, anmutsvollen Werk mit größtem Interesse und bereitete ihm eine Aufnahme von seltener Herzlichkeit. Anton Rudolph, dem die Wiedererweckung dieses Mozartschen Jugendwerkes zu danken ist, sowie die sämtlichen Mitwirkenden, an ihrer Spitze Intendant Volzner und Operndirektor Cortoleas, wurden von dem begeisterten Publikum unzählige Male vor den Vorhang gerufen. Ueber das lobenswürdige Werk und seine außerordentlich wiederholte Aufführung soll in der morgigen Nummer eingehend gesprochen werden. S. Wd.

Der Verband badischer Musiker, Ortsgruppe Karlsruhe, wird im Musikjahr 1921/22 mehrere Konzerte veranstalten, um seinen konzertierenden Mitgliedern Gelegenheit zu geben, sich hören zu lassen. Das erste dieser Konzerte soll schon am 10. Oktober im Eintrachsaale hier stattfinden. Zwei der bekanntesten Karlsruher Künstlerinnen Margarete Schweikert (Violine) und Elisabeth Moriz (Klavier) werden in diesem Konzert Werke von Beethoven, Brahms und Straßner, die zum Teil hier noch unbekannt sind, zur Aufführung bringen.

Gerhart Hauptmanns Festschpiele in Breslau. In Breslau werden im August nächsten Jahres anlässlich des sechzigsten Geburtstages des Dichters Gerhart Hauptmann in der Jahrhunderthalle und in den Theatern Festschpiele veranstaltet. Direktor Feltz Polländer vom Deutschen Theater in Berlin wird im Zusammenwirken mit dem Breslauer Theaterdirektor Barnay die Leitung der Festschpiele übernehmen. In Aussicht genommen sind Gerhart Hauptmanns „Weder“ und „Florian Geyer“. Zum

Garantiefonds sind bereits vom Reichspräsidenten 100 000 Mark gestiftet worden. Die Ueberträge der Veranstaltung sollen dem Künstlerfonds zugeführt werden.

Eine Städtische Schauspielschule in Leipzig. Aus Leipzig meldet unser Korrespondent: Um jungen Talenten einen sorgfältigen Schauspielunterricht angedeihen zu lassen, hatte Professor Winds vor drei Jahren in Leipzig dramatische Schauspielschule eingerichtet. Auf Anregung der Intendanz der Leipziger städtischen Bühnen soll nunmehr diese Schauspielschule in eine Städtische Schauspielschule umgewandelt werden. Sie wird unter der Oberaufsicht des Schauspieldirektors Dr. Alwin R. N. nachher stehen.

Ein E. T. N. Hoffmann-Drama. Karl Meinhard und Rudolf Bernget haben ein Bühnenwerk vollendet: „Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreischer“, das in der zweiten Hälfte dieses Spielzeit im Theater in der Königsgrabenstraße in Berlin zur Uraufführung gelangt. E. T. N. Hoffmanns Leben und Erzählungen werden in einem phantastischen Melodram auf die Bühne gebracht. Für die Komposition der begleitenden Musik ist ein bedeutender Musiker gewonnen worden.

Demonstrationen gegen das Deutsche Theater in Brinn. Wie das Tschedo-slowakische Pressebüro in Prag meldet, haben in Brinn Demonstrationen gegen das Deutsche Theater stattgefunden. Nach der „Bohemia“ war der Anlaß die Zurückhaltung der Deutschen bei der Begrüßung des Präsidenten Masaryk. Die Demonstration richtete sich zuerst gegen einen deutschen Apotheker, der von der Polizei mittels Automobils in Sicherheit gebracht wurde, und alsdann gegen das Deutsche Theater, wo die Vorstellung nach dem zweiten Akt abgebrochen wurde.

Kunst und Wissenschaft.

Der Geist der italienischen Studenten. Wie bei uns, so verfolgt man auch in den anderen Ländern, die am Krieg beteiligt waren, mit großer Aufmerksamkeit die geistigen Wandlungen, die sich in der studierenden Jugend vollzogen haben. In Italien werden über die Stimmung und die Geistesverfassung der Studentenschaft viele Klagen laut; aber auch diejenigen,

die sie optimistisch betrachten, sind mit den anderen darüber einig, daß tiefgreifende Veränderungen gegenüber der Vorkriegszeit festzustellen sind. Um die Beurteilung der Lage durch die dazu Berufenen zusammenfassend überblicken zu können, hat man jetzt an eine große Anzahl italienischer Universitätsprofessoren eine Umfrage gerichtet, auf die etwa fünfzig geantwortet haben. Das Ergebnis ist ein wenig optimistisch, ungefähr so zusammen: Der Krieg hat in Charakter und Stimmung der italienischen Studentenschaft tiefe Spuren hinterlassen; die aus dem Krieg Zurückgekehrten, deren Lebensalter ja auch den früheren Durchschnitt übersteigt, sind weiser, und faun mehr einer ist geneigt, das Ideal der Studierend in besserem Lebensgenuss zu suchen. Es wird viel darüber geflagt, daß die studierende Jugend heute dem einbringenden, mühsamen Fleiß bedingenden Spezialstudium wenig geneigt ist; aber dies ist ein allgemeiner Zug der Zeit, der auf Erschöpfung der großen Zusammenhänge drängt. Während früher der politisch interessierte Student meist mit dem Sozialismus sympathisierte, hat sich dies heute vollkommen geändert. Utopien und Ideologien üben wenig Anziehungskraft auf die jungen Leute aus; mehr als die Doktrin reizt durch die Schule des Krieges Gegengenen die Aufforderung zum energischen Handeln, und da sie fast alle von leidenschaftlichem Patriotismus erfüllt sind, so frömen sie in Scharen den Faschisten zu, soweit sie ihre religiöse Stimmung nicht in die Reihen der Popolari, der italienischen Zentrumspartei, führt. Der Nationalstolz ist gewaltig gehoben; die italienische Jugend sieht zu ausländischen Vorbildern nicht mehr empor und zeigt große Lust, selbst ins Ausland zu gehen und dort für den italienischen Namen und die italienische Kultur zu wirken. Die Tendenzen der studierenden Jugend Italiens lassen also große Neugierde mit denen erkennen, die auch in der Studentenschaft anderer Länder beobachtet werden. Bemerkenswert ist übrigens, daß einige von den italienischen Professoren, die über die manehafte Vorbildung klagen, mit der die jungen Leute zur Universität kommen, darauf hinweisen, daß die Jugend aus den „erhöhten“ Gebieten sich einer weit besseren Vorbereitung auf das Studium erfreue, als die Studenten aus den alten Provinzen Italiens.

Der Schulz in schwäbischen Redensarten.

Die bestgeliebte und bestgehächte Persönlichkeit im schwäbischen Dorf ist der Schultheiß oder Schulz. Daher gibt es auch eine Menge witziger, oft sogar vernichtender Redensarten über die Rolle, die er spielt, und über seine ganze Person.

Besonders gilt er als Meister im Essen und Trinken. Da heißt es: „Der hat en Bauch (auch Kanze oder Wampe) wie e Schulz“ oder „er ka trinke wie e Schulz“. Auch hört man: „Schulze, Bittel, Bürgermeister (gleich Kapellmeister) sind im Saufe ganze Meister“ oder: „I han(n) mi raus g'uttert, daß i heit könne Schulz mere.“ Die Schultheißengräber will man an den Mauern kennen, weil die Mäuse dem Fett nachlaufen. Steher gehört auch das Wort: „Wenn ein Kalb nicht saufen will, muß man es zwischen zwei Schulzen stellen, damit es dies lernt.“ Dann macht man sich oft über die Beschränktheit des Ortsvorstehers lustig. „Man wählt nie den Geheiligsten zum Schulzen.“ „Man muß noch einen Geheiligeren haben, als der Schulz ist, daß er abwehren kann, wenn der Schulz narret wird.“ „Du bist der Geheiligste nach dem Schulzen.“ Sehr boshaft ist die Redensart: „Der Geheiligste geht nach, hat der Schulz zum Dohle g'sitt.“ Er allt nachher als der hße Geist des Dorfes. Es heißt: „Der Schulz und der Bürgermeister sind die bößen Geister.“ „E laufier Schulz macht nisse Bürger.“ Wiefach macht man sich über seine ganze Bedeutung lustig. Da heißt es: „Der Schulz, der Hummel und der Polizeidiener sind drei Gemeinssdiener“ oder: „Die Schulze werde über Nacht Herr, wie d' Wiffersing Pflanze.“ Seine zweifelhafte Bedeutung wird auch charakterisiert durch die Rätselrätsel: „Was is für e Gleichheit amische(n) me alte Schulz und einem Bildhölde?“ Antwort: „Bei beide weiß ma it, soll ma d' Ruppe ra tu oder brode laun(n).“ Der Höhepunkt der Verachtung liegt in dem Vers: „Reitich und Rube(n), Gemeinderat und Diebe, Schulze und Lumpe wachset all uff einem Stumpe.“ Wenn einer sich auf seine Vermandtschaft etwas einbildet, soat man: „Der meint, 's Schulze Dand sei sein Vetter.“ Schelt der Amisdiener etwas aus, gibt man dies humoristisch durch: „Des Schulze Anh isst los.“ „Ewas is mir aleichgültig“ wird allenthalben gegeben durch: „Was acht mit 's Schulze Geis a(n), denn sie mit et (= nicht) zett.“ — 19.

Kreuz sei. — Bürgermeister Steinberg aus St. Georgen sprach über das Fürsorgegesetz, das nicht alle Wünsche der Bürgermeister erfüllt. Der Verband hat demzufolge beantragt, daß so gut wie möglich auch die Bürgermeister der mittleren Gemeinden Pflichtmittglieder werden. Die Feuerungsanlagen kämen bis jetzt im Fürsorgegesetz nicht zur Ausrechnung, während dies bei den Staatsbeamten zuträfe. Lobend wurde erwähnt, daß das Selbstverfahren im Gesehe vorgesehen sei. Verlangt müsse werden die Mitwirkung der Gemeinden und der Mitglieder in der Verwaltung; auch das Umlaufverfahren müsse verbessert werden. Auch müsse die Abfallabfuhr gelöst werden, in Hilfsfällen einzutreten. — Verbandsdirektor Weiler glaubte, daß das Gesetz nicht besser ausfallen wäre, wenn es im Anschluß an die größeren Städte erfolgt wäre. Es seien aber Ausnahmen vorhanden, daß auf Grund vorliegender Änderungsanträge Besserung erfolgt. Weiter wurde u. a. betont, daß die Bürgermeister nicht in das Fürsorgegesetz aufgenommen werden können, sondern aufgenommen werden müssen, ohne Rücksicht auf das Alter, und daß die Beitragspflichten auf Kosten der Gemeinde gehen. Die Hinterbliebenenversorgung müsse von Grund auf neu geregelt werden. Eine Zusammenarbeit aller interessierten Verbände sei nötig.

Regierungsvertreter Bender hat, zu berücksichtigen, daß die Fürsorgegesetz eben nur das leisten können, was ihnen geboten wird. Obwohl größere Städte in bezug auf die Fürsorgebestimmungen in weitgehender Weise vorgezogen hatten, seien sie heute kaum in der Lage, die notwendigen Rücklagen zu leisten. Hier anknüpfend betonte Herr Jullier die Notwendigkeit der Schaffung einer Zusatzklasse, während Herr Weiler bemängelte, daß den Bürgermeistern über 50 Jahre der Beitritt erschwert wird. — Bürgermeister Schneider wog genau betonte, daß auch der Verband mittlerer Städte mit dem Fürsorgegesetz nicht zufrieden sei und eine Revision wünsche. Zum Schluß wurde der Vorstand beantragt, eine Revision dahin zu erzielen, daß die hauptberuflichen Bürgermeister gleich welchen Alters an der Versicherung beteiligt werden und das Gesetz eine genügende Versorgung gewähre.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die neue Gemeindeordnung, über die Bürgermeister Becherer aus Friedrichsfeld berichtete. Der Redner besprach die Gemeindeordnung unter besonderer Berücksichtigung der Umstände, die im Gesetz für die Bürgermeister hauptsächlich in Betracht kommen. Es waren dies die Regelung des Wahlmodus, ob durch die Gemeindevähler oder durch den Ausschuß, ferner die Bestimmungen über Gehälter, Aufrechterhaltung und Hinterbliebenenversorgung sowie die Ansprüche des Bürgermeisters im Falle der Nichtwiederwahl. In Hand verständlicher Beispiele wurden die einzelnen Bestimmungen dargestellt. Selbstredend haben auch die Befugnisse des Bürgermeisters beachtenswerte Erweiterungen erfahren. Zum Schluß wurde betont, daß obwohl neue Fortschritte errungen seien, es notwendig sei, vorwärts zu schreiten und weiter zu arbeiten zum Wohle des Staates, zum Wohl der Gemeinde und des Einzelnen.

Verbandsdirektor Weiler gab Aufschlüsse über das Erholungsheim des Verbandes „am Stern“ in Hornberg. Er glaubte, daß nach der Zustandsetzung dem Heim eine gute Zukunft bevorstehe. Erfreulich wäre es, wenn das Heim von den Bürgermeistern mehr als bisher besucht würde. Bedauerlich sei es, daß die Zeichnung von Anteilsscheinen nicht den Erwartungen entsprochen habe. Der Redner forderte dazu auf, mehr Anteilsscheine zu zeichnen und es nach Möglichkeit einzurichten, daß öfter Tagungen und dergl. im Heim abgehalten werden. Neben diesem Heim stehen noch das Kurhaus Schönwald und das Waldbaus Jofos am See zur Verfügung. — Auch Herr Jullier glaubte, daß, nachdem die im Vorjahr bestehenden Schwierigkeiten und Bedenken behoben seien, die Zeichnung von Anteilsscheinen empfohlen und zu reger Beteiligung auffordern zu können.

Der nächste Punkt war die Sachungs-Aenderung, die notwendig war, um das Verhältnis mit dem Zentralverband zu regeln. Hierzu tritt der Verband badischer Bürgermeister mit den Sachorganisations dem Zentralverband badischer Gemeindebeamten bei und verpflichtet sich, dessen Satzungen einzuhalten, behält aber die Selbstständigkeit seines Verbandes. — Die Aenderung wurde einstimmig genehmigt. Als weiterer Vertreter im Verband wurde Bürgermeister Solb-Aglasterhausen vorgeschlagen und gewählt.

Nachdem der Voranschlag für 1922 mit 23 000 Mark genehmigt worden war, kamen verschiedene Wünsche und Anträge zur Besprechung. U. a. wurde auch die Frage aufgeworfen, wie sich der Verband zu den Einigungsbestrebungen zwischen Baden und Württemberg stelle. Man glaubte, daß es nicht im Interesse der Sache liege wegen in Sachorganisations derartige Fragen besprochen würden. Der Antragsteller seinerseits glaubte aber, daß die Vertreter der Gemeinden Gelegenheit nehmen sollten, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. — Auf eine Anfrage, ob eine Aenderung der Strafbefugnisse des Bürgermeisters zu erwarten sei, wurde erwidert, daß zuerst eine entsprechende Regelung durch das Reich getroffen werden müsse, wonach erst eine Regelung durch die Landesbehörden möglich sei. Nach weiterer Aussprache konnte um 7 Uhr die Versammlung mit Dank für das Erscheinen, namentlich der Regierungsvertreter, geschlossen werden.

Badische Politik.

Zu den Landtagswahlen.

1. Karlsruhe, 2. Okt. Die Kandidatenliste der Deutschen Liberalen Volkspartei für den 5. Wahlkreis (Karlsruhe) umfasst folgende Namen: 1. Wilfer Adolf, jung, Kaufmann, Karlsruhe; 2. Lang, Karl, Direktor der Oberrealschule, Pforzheim; 3. Vogel, Ludwig, Landwirt, Bretten; 4. Lang, Erhard, Emaillemaler, Pforzheim; 5. Buhl, Hermann, Dr., Fabrikant, Ettlingen; 6. Höltscher, Karl, Oberrechnungsrat, Karlsruhe; 7. Klaus, Wilhelm, Militärarzt, Durlach; 8. Leiff, Berta, Privat, Karlsruhe; 9. Kus, Josef, Zimmermeister und Landwirt, Riefen; 10. Herz, Ludwig, Oberbaurat, Karlsruhe; 11. Betsch, Wilhelm, Gemeinderat, Langensteintal; 12. Abel, Ludwig, Tierarzt, Graben; 13. Ammann, Albert, Sägewerksbesitzer, Bretten; 14. Heim, Josef, Zugmeister, Karlsruhe.

Aus Baden.

Kartoffelversorgung.

Im Interesse der Versorgung der Bevölkerung mit Speisefartoffeln ist auch in diesem Jahre wiederum eine Einschränkung der Verarbeitung von Kartoffeln in Brennerien erforderlich. Durch eine in diesen Tagen im Reichsgesetzblatt erscheinende Verordnung hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft angeordnet, daß nur das Verarbeiten von selbstgebackenen Kartoffeln in landwirtschaftlichen Brennerien und lediglich in Höhe von 20 Prozent des Brennrechts gestattet ist. Auf Laufen von Kartoffeln zur Verarbeitung in Brennerien ist verboten. Die Landesregierungen sind ermächtigt, zur Durchführung dieser Vorschriften nähere Bestimmungen zu treffen. Diese im Interesse der Speisefartoffelversorgung notwendige Einschränkung des Brennrechts für Kartoffeln dürfte auch für die Landwirtschaft erträglich sein, da ihr die Möglichkeit gegeben ist, an Stelle von Kartoffeln Mais zu Spiritus zu verarbeiten, und bekanntlich die Maischlempe als Futtermittel erheblich wertvoller ist als die Kartoffelschlempe.

Badischer Maleritag.

Karlsruhe, 3. Okt. Während gestern im kleinen Festsaal die Installation der Landes ihre Ständesangelegenheiten erörterten, fand im Gartensaal der Festhalle seit 1918 erstmals wieder ein Badischer Maleritag statt, der bei sehr gutem Verlauf nahm. Der erste Vorsitzende des Reichsbundes für das deutsche Malergewerbe, Emil Kruse, hielt einen Vortrag über die Zwecke und Ziele des Bundes. Er kam dabei auch auf das neue Handwerkergesetz zu sprechen und teilte mit, daß die Verantwortlichkeit der Vorbereitungen im 15er Ausschuß nunmehr aufgehoben sei. Grundgedanke des Gesetzes ist der Zwang. Vorgelesen sind Orts-, Landes- und Reichsverbände. Ferner bringt das Gesetz die direkte berufshandliche Wahl zur Handwerkskammer, was nach Ansicht des Redners bewirkt wird, daß mancher Vorstehende und Syndikus, die sich sozusagen als Vorgesetzte der Handwerker fühlen, von der Bildsüßigkeit verschwinden werden. Gelange die dem Reichstag zu machende Vorlage in der jetzigen Gestalt zur Annahme, so kann sich das deutsche Handwerk auch in diesem neuen Hause nur wohl fühlen.

Der Vorsitzende der Einkaufszentrale Sahnert-Mannheim berichtete über die heutigen Materialpreise und wies, die noch weiter steigen werden. Er betonte die dringende Notwendigkeit der fruchtigen Rechnens im Handwerkerstande, um auf die Kosten zu kommen, und gebiete dabei wie schon sein Vorredner die Puscharbeit. Beim Einkauf solle man Maß halten, da durch zu starke Entnahme der Materialien aus dem Markt die Unkosten nur noch mehr verteuert würden. Der Redner empfahl, sich der Einkaufsgenossenschaften zu bedienen, und schloß mit dem Hinweis, daß die Handwerkerfrage letzten Endes eine Bildungsfrage sei.

Syndikus Endres-Karlsruhe sprach über Steuerpolitik und Volkswirtschaft. Er übte eingehende Kritik am Steuerprogramm der Regierung, das nicht geeignet sei, die Voraussetzung einer gedeihlichen Wirtschaft — nämlich die Förderung der Produktion — zu schaffen. Der Redner wandte sich besonders gegen den 300proz. Zuschlag zur Vermögenssteuer, da hierdurch die Substanz des Vermögens angegriffen werde, sowie gegen die Erhöhung der Sach- und Geldwerte, die vollends das deutsche Wirtschaftsleben vernichten würden. Redner forderte einen einheitlichen Finanzplan, der nur zwei große Steuerkufen kennt: Einkommens- und Besitzsteuer. Dies würde zur Vereinfachung des steuerlichen Geschäftes und Ersparnissen im Beamtenapparat führen. Schließlich wünschte Redner, daß man in allen Schichten des deutschen Volkes endlich erkennen möge, daß die Arbeit ständige Pflicht ist und nur sie für wirtschaftlichen Wiederaufbau führen kann. Die Verhandlungen werden heute fortgesetzt.

Tagung des Verbandes Deutscher Krankenpflegeanstalten.

1. Karlsruhe, 2. Okt. In den Tagen vom 9. bis 14. Oktober findet hier eine Tagung des Verbandes Deutscher Krankenpflege-Anstalten

vom Roten Kreuz und des Verbandes der Deutschen Landes-Frauenvereine vom Roten Kreuz statt. Nach den bisher eingegangenen Anmeldungen aus allen Teilen Deutschlands zu schließen, dürfte die Beteiligung an der Tagung sehr zahlreich werden. Seit dem Jahre 1913 hat keine Tagung der Deutschen Landes-Frauenvereine vom Roten Kreuz mehr stattgefunden. Die Tagesordnung umfasst Vorträge und Besichtigungen; ein breites Gebiet nimmt die Frage der sozialen Sicherstellung der Schwefelkristalle ein.

a. Weinheim, 2. Okt. Der Gemeinderat beschloß vorbehaltlich Zustimmung durch den Bürgerausschuß die Beteiligung an der Redar-Aktiengesellschaft in Stuttgart durch die Zeichnung von Aktien im Nennbetrag von 100 000 Mark.

1. Bonndorf, 2. Okt. In einer Versammlung der Landbundvorsitzenden des Bezirkes Bonndorf wurde mitgeteilt, daß Altbürgermeister Ruf-Obermann Kandidat des Landbundes für den Bezirk Bonndorf ist.

Hilfe für Oppau.

Die Arbeiter der Maschinenfabrik Gröner & Co. Durlach haben im Einverständnis mit der Firma beschlossen, zugunsten der bei der Oppauer Katastrophe Geschädigten zwei Ueberstunden zu leisten, deren Ertrag zusammen mit einer unter den Anwesenden und Meistern vorgenommenen Sammlung mit insgesamt rund 40 000 M dem Landesauschuß der Freien Gewerkschaften und des Afa-Bundes abgeliefert wurde. Von der Firma selbst wurden 20 000 M gezahlt.

Mannheim, 2. Okt. Der Haupt- und Finanzausschuß der Stadt Frankenthal, in dem sämtliche politische Parteien vertreten sind, ersucht die bayerische Staatsregierung, sofort dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes zugehen zu lassen dahingehend, daß alle durch die Oppauer Katastrophe entstandenen Gebäude- und Sachschäden von der Bayerischen Brandversicherungskammer in Mädingen oder vom bayerischen Staat getragen werden, unbeschadet des Rückgriffs auf die Haftpflichtigen. In der Begründung heißt es, daß die Bewohner von Oppau, Frankenthal, Ludwigshafen und Umgebung nicht in der Lage sind, den Gebäude- und Fahrnischäden zu tragen, und daß es andererseits nicht möglich ist, aus dem Ertragnis des bayerischen Hilfsverwerkes für Oppau die Schäden zu decken, da das Sammelergebnis für die Verunglückten und Hinterbliebenen verwendet werden muß. Nach einer Veröffentlichung der badischen Regierung trägt die Badische Versicherungsanstalt innerhalb ihres Bezirkes alle Schäden, die durch die Explosion verursacht worden sind. Ein gleiches Verfahren der Bayerischen Brandversicherungskammer in Mädingen ersuche für die Bezirke Frankenthal und Ludwigshafen angelegt.

Mannheim, 2. Okt. Nach der achten und neunten Totenliste sind die erkannten Toten auf 373 gestiegen. Unerkannte Tote werden jetzt 75 gezählt. Die Zahl der Vermissten betrug nach der letzten Veröffentlichung 177.

Ludwigshafen, 2. Okt. Die Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik teilt mit: „Von verschledenen Seiten wird befürchtet, daß ein großer Vorrat von Ammoniumsulfatpeter, der noch in Oppau lagert, Veranlassung zu weiteren Explosionen geben könne. Wir haben dazu folgendes zu bemerken:

Ein größerer Vorrat von Ammoniumsulfatpeter lagert in Höhe von 7000 Tonnen noch heute unverändert in dem zum größten Teil zerstörten Lagerhaus in Oppau Nr. 112 in unmittelbarer Nähe des Lagerhauses Oppau 110. Dieser Ammoniumsulfatpeter ist trotz der ungeheuren Wirkung der Explosion nicht zur Entzündung gekommen, obgleich er von einer Anzahl von schmerzlichen Steinblöcken übersätet wurde und jedenfalls auch von den Stücken der Explosion selbst getroffen worden ist. Wir haben keine Bedenken, das Produkt in dem Lagerhaus weiter zu belassen, zumal dasselbe Tag und Nacht bewacht wird, so daß kein Unbefugter Zutritt hat. Zur Erleichterung der Abperrung ist der Zutritt durch einen Stacheldrahtzaun verhindert. Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, daß wir an das Ammoniumsulfatpeter weder mit Sprengungen herantreten, noch mit Feuer dort hantieren. Zurzeit ist noch keine Möglichkeit vorhanden, das Produkt abzutransportieren wegen der zahlreichen Trümmer, die in der Nähe des Lagerhauses die Zufahrt versperren und die zum Teil den Ammoniumsulfatpeter überdecken. Sobald die Zeit zum Abtransport gegeben ist, wird dies unter dauernder Aufsicht von Fachleuten geschehen, wobei selbstverständlich alle erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden. Um in dieser Richtung jede Bedenken zu beseitigen, sollen von der Reichsregierung ernannte Sachverständige über die Art des Abtransportes entscheiden. Es fand nämlich im Anschluß an die Reichstagsinterpellation am Mittwoch, den 28. Sept., im Reichstagsgebäude eine Besprechung zwischen dem Reichsarbeitsminister, Vertretern der Reichleitung und des Betriebsrates der Badischen Anilin- und Sodafabrik statt. Bei dieser Besprechung wurde vereinbart, daß über die Art des Abtransportes im Einvernehmen mit den Sachverständigen, der Reichsregierung und den Vertretern des Betriebsrates die Entscheidung getroffen werden soll.“

Aus dem Stadtkreise.

56. Stiftungsfest der Typographia.

Das am Sonntag nachmittags bei gutem Besuch in der Festhalle abgehaltene Konzert war wieder eine deutliche Bestätigung der Tatsache, daß der Verein eine hervorragende Pflegestätte des schönen deutschen Liedes ist. Wenn der Chor auch nicht gerade groß ist, so darf er sich doch dank seiner stimmlichen Zusammenfassung und dem geistigen Niveau seiner Sänger an Chorwerke wagen, die gleichstarke Gesangskörper meiden müssen. So erlebte der Hörer erhebende Genüsse, namentlich da, wo textliche und vokale Durchdringung sowie verständnisvolle Leitung (Gesangspädagoge Arthur Gerbold) sich harmonisch ergänzten. Die Vortragsfolge brachte, nachdem der kernige Gutentbergerspruch verflungen war, eine schöne Auswahl von Kunstliedern und Volkslied, so Uthmanns „Ach warte dein“, dessen packende Steigerung das Material zu schöner Entfaltung kommen ließ. Die stimmungsvolle frohe Lyrik und elegische Resignation in Angerer's „Mein Lieb“ wurde jeweils mit Glück getroffen; die Stimmen überboten sich in Schmelze und Ausdrucksstärke. Auch „Eulens“, „Abends“ und Storch's „Nachtzauber“ waren vorzügliche Leistungen schürfender Stimmungsmaerei und poetischer Ausdeutung. Der schlichte und dann der neckische Volkston in der „Verlassenen“ und im „Plappermäulchen“ wurden recht gut getroffen. Namentlich das letztere wirkte wie immer sehr erheitend. Sämtliche Vorträge waren mit Sorgfalt und Geschmaß einstudiert, und der Chor wetteiferte, seine hohe Gesangskultur in deklaratorischer und musikalischer Hinsicht zu erweisen. Das Konzert vermittelte eine Reihe wertvoller Dinare aus dem deutschen Niederfach und brachte dem Hörer zum Bewußtsein, daß der Verein sich eine dankens- und unternehmenswerte Aufgabe stellt, zu deren Lösung er die aeltesten Mittel und Kräfte hat. Zwischen den Chören vernahm man die Opernsängerin Fracema-Brügelmann vom Landes-theater in einem Reflux von Brahms's Gesängen und der Arie der Elisabeth „Die teure Halle“ aus dem Tannhäuser, die ihr Gelegenheit anboten, das ausdrucksvolle und wohlgeleitete Drama zum Erla zu führen. Namentlich die gemütvollen Töne und feinsten Schwingungen des Lieds wurden von ihr mit Glaubwürdigkeit und Furcht gesungen. Die Künstlerin bot so mit manchem Vortrage eine Ueberladung an angenehmer Art, da sie heroische Gestaltuna mit erareifender Empfindungsmaerei zu einem packenden Gesamtvortrag verflochten. Der anhaltende Beifall veranlaßte sie, Brahms's „Verabschiedung“, dessen netzlicher Grundton ihr vorzüglich gelang, als Raube zu wenden.

Ein Trio der Herren Rudolf Heinz (Violine), Paul Kriele (Cello) und Karl Meta Hofmann (Klavier) spielte von Schubert zwei Sätze aus dem Trio in B-Dur und Beethoven's Largo con sforsione aus dem G-Dur-Trio mit warmer Hingabe und technischer Geistesfertigkeit. Namentlich die Violine (Heinz) dominierte in Schubert's inniger Musik und führte mit Sicherheit über die zahlreichen chromatischen Passagen zum Ziel. Leider läßt die Festhalle keine Kammermusikalische Intimität aufkommen. Auch diesen Künstlern wurde für die ansehnliche Wiedergabe dieser klassischen Musikwerke lebhafter Anerkennung ausgesendet.

Ein besonderes Lob darf man der Leitung des Vereins für die abwechslungsreiche Gestaltung des Programms spenden, denn es war den Freunden der verschiedenen Geschmacksrichtungen Rechnung getragen worden. Dem Konzert folgte ein Ball, der mindestens so begehrt war wie dieses selbst.

Wahlstatistikensert. (Die Glode. Von Romberg). Am 10. November dieses Jahres begehen wir den 100. Todestag von Andreas Romberg. Er erreichte schon als Knabe an weiten Kunststreifen, die er mit seinem Vater unternahm, nicht geringes Aussehen, namentlich als Geigenkünstler. Später wurde er Hofkapellmeister in Göttingen, in welcher Stadt er geraden vergöttert wurde. Als Komponist entfaltete er eine äußerst rege Tätigkeit. Das meiste jedoch ist in Vergessenheit geraten, so seine acht Opern, seine zahlreichen Sinfonien, seine Quartette, seine Violin- und Klavierwerke. Von seinen zahlreichen großen Chorwerken ist nur eines am Leben geblieben, nämlich die „Glode“ — nach dem Gedicht von Friedrich von Schiller. Dieses Werk wird am Mittwoch, den 5. Oktober, abends 8 Uhr, im großen Saal der Festhalle aufgeführt. Der katholische Verein der Schicht, sowie eingeladene Damen und Herren, ein Chor von 300 Sängern, haben sich in den Dienst der Wohlthatigkeit gestellt zum Nutzen der Beschaffung von Gloden für die Liebfrauenkirche. Als Solisten wirken bekannte hiesige Künstler mit. Es sind dies die Damen Erta Hoffketter, Sopran, Frau Direktor Müller (Alt), die Opernsänger Eugen Kallbach (Tenor), und Frau S. v. d. A. (Bass). Hauptkassier Wilhelm Maerz, der verdienstvolle Chorleiter des Vereins, hat dem Werk, das durch leichte Verständlichkeit keiner musikalischen Erläuterung bedarf, eine äußerst reizvolle und gemütvollste Einfühlung zu Teil werden lassen, den instrumentalen Teil hat der Musikverein Harmonie übernommen, der zum Eingang Beethoven's Overture zu Camont führt.

Tagesanzeiger. (Wäheres ist aus dem Anzeigentell zu ersehen.)

Montag, den 3. Oktober.
Festhalle. „Missa solemnis“, 7 Uhr.
Colosseum. Varietè, 8 Uhr.
Weltpanorama. Zirkel.
Auktionsverein. Generalversammlung, 4 Uhr.
Sant-Gesellschaft. Vortrag. Rathhausaal.

Empfehlungen

Ihr Babbild
in wenigen Minuten
im Photograph.
Wietler, Durlach, 38.

Jahre Winterhüte

bringen Sie bitte jetzt
zum Umformen
nachfolgend vornehm. Mo-
dellen. Velle Auslieferung
geschm. Garnieren!
Billigste Zubehöre!
Anarbeitung v. Pelzen
E. C. Laßmann
Görlitzstr. 7, 2. St.

Patentanwalt
P. A. Ohnimus
Karlsruhe, Leopoldstr. 44. Tel. 2052.

Dr. Cramer
homöopathischer Arzt
verreist!

Damenhüte
werden nach neuesten Modellen angefertigt, um-
gearbeitet und umgeformt.
Belastungsreue und Veränderung schnell und billig.
Dammweg, Amalienstraße 47.

Neuanlegen und Instandhaltung
von Haus-, Zier-, Obst- und Gemüsegärten, sowie das
Schneiden der Formosetbäume und Balkonkaster-
bepflanzung übernimmt hier und auswärts billigste
Preisberechnung

Paul Bardenwerper
Kunst- und Landschaftsgärtner
Worderstraße 16, 4. Treppenn.
Offizieller billiger: Obstbaum, Jeerensobst, Stauden
Zierpflanzen, Samen und Jangomittel.

WURM-SCHOKOLADE „MEHO“
das sicher wirkende Mittel gegen
MADEN und SPULWÜRMER
zu haben in allen Apotheken und Drogerien.

KRAGEN-SCHORPP
wäscht u.
bügelt in alt-
bekannter Ausführung
Annahmestellen in allen Stadtteilen.

Felle
alle Arten werden
gegerbt und gefärbt
in allen Farben.
G. Kump
Douglasstraße 8, p.
Ede Akademiestraße
Rein Baden.

Tapeten.
Reichhaltige Ausw.
niederste Preise. Ueber-
nahme v. Tapeten.
S. Durand,
Donasstraße 26,
Tel. 2435 b. d. Hauptst.

**Jalousie-,
Rolladen-**

Fabrikation.
Reparatur - Werkstatt.
W. Bäuerle
Ruppurrerstraße 20.
Elektr. Kocher und
Heizöfen
Warmwasserbereiter
Beleuchtungskörper
Emil Schmidt & Kons.
Kaiserstraße 209.

